

## Parteien- vs. Bürgerstaat

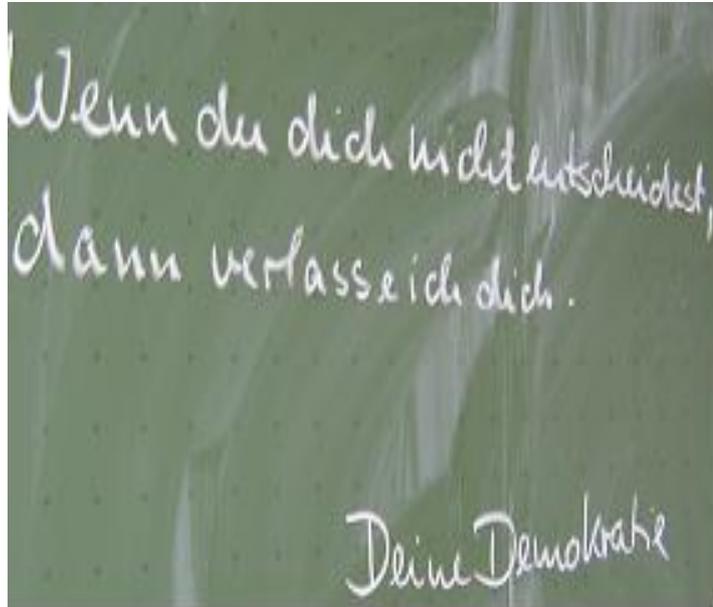
Die Proteste gehen weiter. Daß der PEGIDA-Initiator Bachmann als Narzißt kaum die ihm geltende Aufmerksamkeit wird missen wollen und sich weiterhin als Moderator der montäglichen dresdner Versammlungen präsentiert, schadet der Bewegung, aber wohl nur kurzzeitig. Andere werden ihn ersetzen und das [viskose Gestammle](#) der Politamateure durch spruchreifere Konzepte ersetzen, mehr noch: es vorantreiben. Der Kern des Protestes ist nicht die Kritik an islamisierenden Tendenzen innerhalb Europas, sondern die Fermentierung der jeweiligen Völker. Das ist der völkische Aspekt des Protests, der ihn zu einem national-konservativen macht, allerdings zu keinem nazistischen, denn der Protest richtet sich gegen die mit dem Islam verbundenen Wertvorstellungen, nicht gegen die Muslime selbst, ist also rasseübergreifend. Eine nazistische Bewegung definiert ihren Protest über rassische Vorstellungen, also unabdingbare Voraussetzungen des Blutes, die von einem Gutteil der Menschen nicht erfüllt werden können. Einem Nazi ist der Glauben wurscht, solange die [Rasse](#) des Gläubigen arisch ist. Er hätte gegen einen Moslem nichts einzuwenden, solange der Arier ist, also Volksdeutscher. Allerdings formuliert das [Parteiprogramm der NSDAP](#) von 1920 auch einen vage formulierten § 24, der als [religiös](#) nur gelten läßt, was dem „sittlichen Gefühl der germanischen Rasse“ nicht widerspricht. Wer legt das sittliche Gefühl fest? -

Das ist das eine: PEGIDA ist nicht rassistisch, somit nicht nazistisch.

Der zweite Punkt betrifft den Kern des Protests: die Kritik an einem Parteienstaat, der an den Bedürfnissen vieler Menschen vorbeiregiert. Diese Menschen verweigern ihre Mitarbeit, was sich in sinkenden Wahlbeteiligungen niederschlägt. Oder sie wählen Parteien, die nicht zu den etablierten gehören. Aber das ist den Protestierenden auf Dauer zu wenig, denn die Etablierten schlagen die Stimmen der Protestwähler (die meist unter der 5%-Hürde bleiben) einfach sich zu; bei der letzten Bundestagswahl waren das [6,8 Millionen Stimmen](#) (15,7% aller Stimmen), die in Form von Parlamentssitzen auf SPDCDUGRÜNELINKE verteilt worden sind. Deshalb begehren die Protestler gegen eine Politik auf, die an den Interessen der Gesamtheit vorbeiregiert, wie sie meinen, und sich mehr und mehr in [Kriegsabenteuer](#) stürzt, Privateigentum vergemeinschaftet und zweierlei Recht in einem Gemeinwesen schafft (Moslembonus bei Ehrenmorden), was samt und sonders politisch-monetären oder antivölkischen Traumgebilden nachzujagen scheint, die der angegriffene Parteienstaat mit Hilfe der ihm zur Verfügung stehenden Mediengewalt dem Volk als historische Mission der Deutschen verkauft.

Dieser tieferliegende Protest ist demnach substantiell, aber er richtet sich gegen keinen § des GG, denn im GG steht nichts über Parteien. Es gibt im GG keinen Hinweis darauf, wie die Abgeordneten bestimmt werden sollen. Das Wahlgesetz könnte jederzeit durch Mehrheitsbeschluß des Bundestages geändert werden, so daß anderes gälte, z.B. keine 5%-Hürde, z.B. keine Zweitstimme, z.B. Direktwahl eines Kandidaten ohne Parteizugehörigkeit. Aber das wird nicht erfolgen, so lange im Bundestag Parteivolk sitzt, rundgeschliffene und meist charakterlose Parteisolddaten, die das tun, was ihre Klientel wünscht, eingespannt in Fraktionszwang und [Diätetik](#), nur an einem höheren Listenplatz interessiert, der durch Disziplin verdient sein will. Gegen die durch solcherart Abgeordnete und Minister vermittelte Politik, die selten genug zwischen Amt und Parteipolitik unterscheidet, richtet sich der Protest. Er ist parteienfeindlich, aber nicht staatsfeindlich, sondern patriotisch. Die Systemparteien (man verzeihe mir dieses aus Zeiten der Weimarer Republik stammende Wort) nehmen sich allerdings als Staatsparteien wahr und verkennen darüber, daß sie nicht DER Staat sind, sondern lediglich Vertreter privater Interessen, denn nichts anderes sind Parteien: aufgeblähte Individualisten, Teilmenge und keineswegs repräsentativ, denn jede ihnen gegebene Stimme ist in der Regel schon Folge eines Kompromisses. Kein SPD-Wähler ist mit allen Punkten des sowieso jährlich wechselnden Parteiprogramms einverstanden, keiner der GRÜNEN, keiner der LINKEN usw.; etliche werden die Programme noch nicht einmal kennen.

Doch welche Alternative gibt es zum Parteienstaat? Andere Parteien? Kaum. Mit diesen geschähe das gleiche, wie sich jetzt auch wieder bei der AfD zeigt, die ihren alternativen national-konservativen Kurs zugunsten wirtschaftsliberaler Ansätze preisgab, was ihr selbst schadet und die Systempartei summa cum laude, die FDP, zurück ins Boot bringen dürfte. Würden im Reichstag statt der LINKEN die MLPD sitzen, statt der GRÜNEN die ÖDP und statt der CDU die ÖVP ☺: die politische Gegenwart sähe ziemlich genauso aus wie heute. PEGIDA will diesem System zu Leibe rücken, indem es direkte Demokratie fordert. Machen wir uns nichts vor: der Michel entscheidet meist konservativ, was heutzutage bedeutet, im Sinne der Regierenden, also linksliberal,



denn linksliberal zu denken und zu handeln ist der neue Konservatismus. Nein, der Schnitt muß viel radikaler erfolgen und muß heißen: Schafft die Parteien ab! Aber verstöße eine solche Forderung nicht gegen das GG, nämlich das Recht der Deutschen, sich in Vereinen zu organisieren? Nun sind Parteien keine Vereine. Vereine müssen allgemeinnützlich sein, Parteien nicht. Die sind interessegebunden und bedienen nicht die Allgemeinheit, sondern Einzelinteressen. Doch was käme nach dem Parteienstaat? Ganz einfach: ein auf demokratischer Mitbestimmung basierendes organisches Gebilde des Volkswillens, das parteilose Beamte verwalten. So wird's gemacht!

-----  
saisonkoma

der schnee kühlt  
einem ab  
die mäntel

gewöhnlich komme  
ich frühlings  
auch sommers  
an die gardine

winters spannt's  
sich schlecht

mona lisas brüste  
fallen aus  
dem rahmen

der wald liegt  
in schmutzig-  
weißem Laken

und ich  
bin weg  
vom fenster

Epiklord

-----  
Unternehmensmitteilungen:

Wir freuen uns über einen neuen Benutzerrekord im ersten Monat des Jahres. Im Feber wird neue Forumsoftware installiert werden, die die unbefriedigende Arbeitsweise des Forums beheben wird.

© Knorr von Wolkenstein, 2015.